

Ihre Gesprächspartner/-innen:

Andreas Stangl

Mag.^a Martina Zandonella

Präsident der AK Oberösterreich

Senior Researcher SORA Institute of Social
Research and Consulting

**Erwerbstätige in Oberösterreich psychisch unter Druck:
So wirken sich finanzielle Sorgen, entgrenzte Arbeit,
Vereinbarkeitsprobleme und mangelnde Gesundheitsversorgung
aus**

Pressekonferenz

Mittwoch, 14. September 2022

9 Uhr

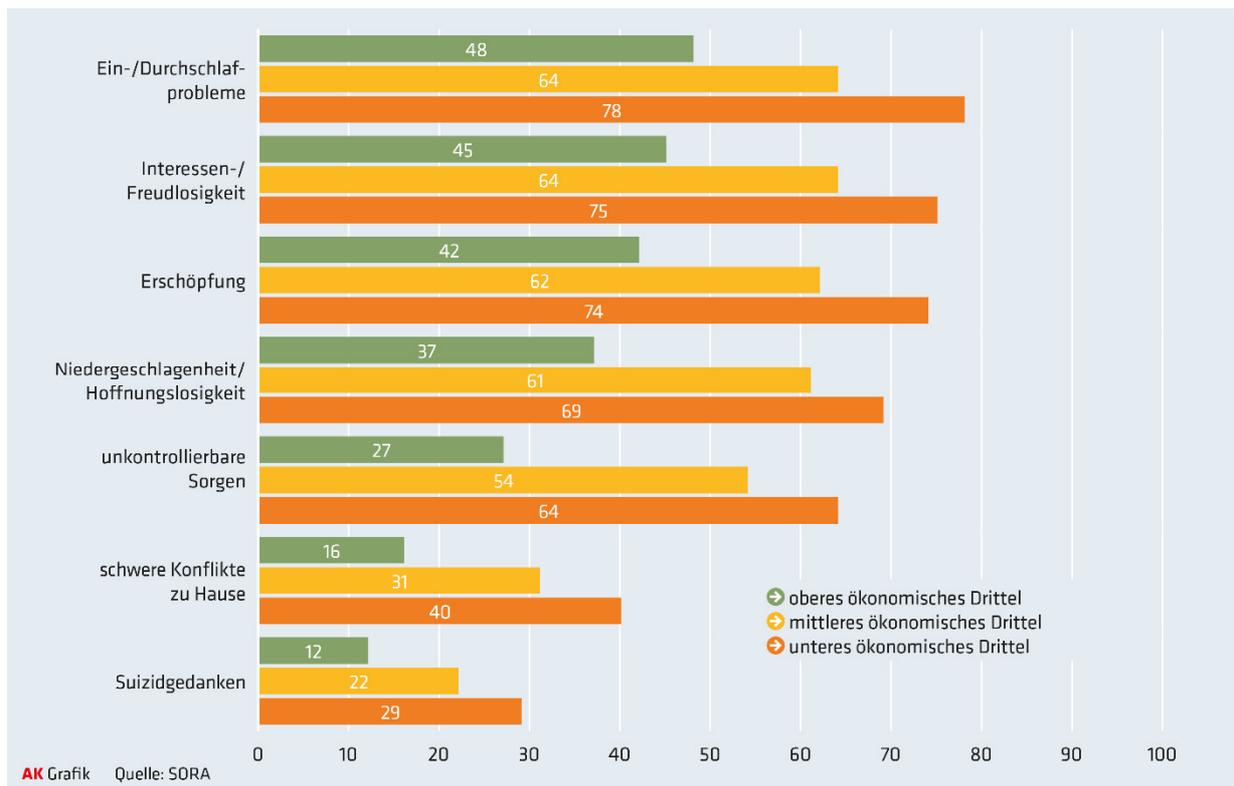
In der Studie (repräsentative Befragung unter 1.212 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren) vom März 2022 des SORA Institute of Social Research and Consulting im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich berichten 43 Prozent der Arbeitnehmer/-innen von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit. Die Pandemie hat bereits bestehende Ungleichheiten verstärkt, denn das untere ökonomische Drittel ist von den psychosozialen und finanziellen Folgen insgesamt am stärksten betroffen. Die nach wie vor steigende Inflation gießt hier zusätzliches Öl ins Feuer. Ein Sozialstaat, der sowohl kurzfristig bei Notlagen unterstützt als auch mittel- und langfristig der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit entgegenwirkt, ist laut AK-Präsident Andreas Stangl umso wichtiger. Rasches Handeln sowohl von Landes- als auch Bundesregierung sei gefragt.

Die Bedeutung von ökonomischen Ressourcen für die Bewältigung von unsicheren, belastenden oder krisenhaften Situationen wird durch die Studie klar ersichtlich. Von den psychosozialen Folgen der Pandemie sind die Oberöreicher/-innen im unteren ökonomischen Drittel insgesamt am stärksten betroffen: Von ihnen gaben 52 Prozent an, dass sie sich in ihrer psychischen Gesundheit beeinträchtigt fühlen. Im oberen ökonomischen Drittel gaben dies nur 22 Prozent an. Auffällig ist auch, dass die Betroffenheit bei Arbeitern/-innen höher ist (52 Prozent) als bei Angestellten und öffentlich Bediensteten (41 Prozent).

Schlafstörungen, depressive Verstimmung und Erschöpfung

In den Wochen vor der Befragung litten 78 Prozent der Oberöreicher/-innen im unteren ökonomischen Drittel an zumindest einzelnen Tagen an Schlafstörungen, jeweils rund 75 Prozent an depressiven Symptomen (Interessen-/Freudlosigkeit) und Erschöpfung. Vierzig Prozent der Oberöreicher/-innen im unteren ökonomischen Drittel berichten von schweren Konflikten zuhause und 29 Prozent hatten Suizidgedanken. Im oberen und mittleren ökonomischen Drittel lagen die Zahlen niedriger, bereiten aber immer noch Grund zur Sorge.

BEEINTRÄCHTIGUNG DURCH SPEZIFISCHE SYMPTOME AN ZUMINDEST EINZELNEN TAGEN (IN PROZENT)



Menschen verorten Versagen bei der Politik

Angesichts der dramatischen gesundheitlichen Auswirkungen ist es wenig überraschend, dass Oberösterreicher/-innen im unteren ökonomischen Drittel ein klares Politikversagen in Bezug auf die Pandemie verorten. Rund drei Viertel (74 Prozent) sahen ihre Bedürfnisse bei den politischen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung kaum oder gar nicht berücksichtigt. Und 45 Prozent haben sich von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, der Verwaltung oder Gesundheitseinrichtungen sehr oder ziemlich allein gelassen gefühlt.

Schwindende finanzielle Ressourcen belasten

Der Spalt zwischen dem unteren und oberen ökonomischen Drittel ist durch die Pandemie in Oberösterreich weiter gewachsen: Im Vergleich zu den 56 Prozent im unteren Drittel berichteten im März nur zehn Prozent der Oberösterreicher/-innen im oberen Drittel von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Situation. Auch im mittleren ökonomischen Drittel berichten 30 Prozent der Menschen, dass ihre finanzielle Situation nun schlechter sei. Die Pandemie hat in Oberösterreich bereits zuvor bestehende Ungleichheiten nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt.

Die aktuell steigenden Preisen kommen jetzt noch hinzu. Allein seit Jahresbeginn hat sich das allgemeine Preisniveau um 7,5 Prozent erhöht. Und die Teuerung beim Wocheneinkauf („Mini-Warenkorb“), der neben Lebensmitteln etwa auch Treibstoff enthält, ist mit über 14 Prozent bereits doppelt so stark. Das trifft Menschen im unteren ökonomischen Drittel besonders hart.

Veränderte Arbeitsbedingungen bringen Druck und weniger echte Freizeit

Weiteres Ergebnis der Studie ist, dass neun von zehn Arbeitnehmern/-innen (93 Prozent) von zunehmendem Leistungsdruck betroffen sind. Ebenso viele befürchteten, sich bei der Arbeit mit Covid-19 anzustecken. Das Infektionsrisiko empfanden 21 Prozent der Frauen und 12 Prozent der Männer als Belastung. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass überwiegend weibliche Arbeitskräfte Dienstleistungsberufe mit engem Personenkontakt ausüben.

Gerade in administrativen Berufen hat sich Homeoffice etabliert und die Arbeitswelt verändert. Einerseits wird es als Schutzmaßnahme gegen Ansteckung und als Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben bzw. Betreuungspflichten geschätzt, andererseits trägt es auch zum Verschwimmen von Arbeits- und Freizeit bei. Das Thema Entgrenzung betrifft folglich 88 Prozent der Befragten und auch das Arbeiten früh morgens oder spät abends gehört immer öfter zum beruflichen Alltag: 77 Prozent berichten davon. Ein Drittel fühlt sich durch diese Entwicklungen belastet.

Homeschooling und Kinderbildung/-betreuung zu Hause kosteten zusätzlich Kraft

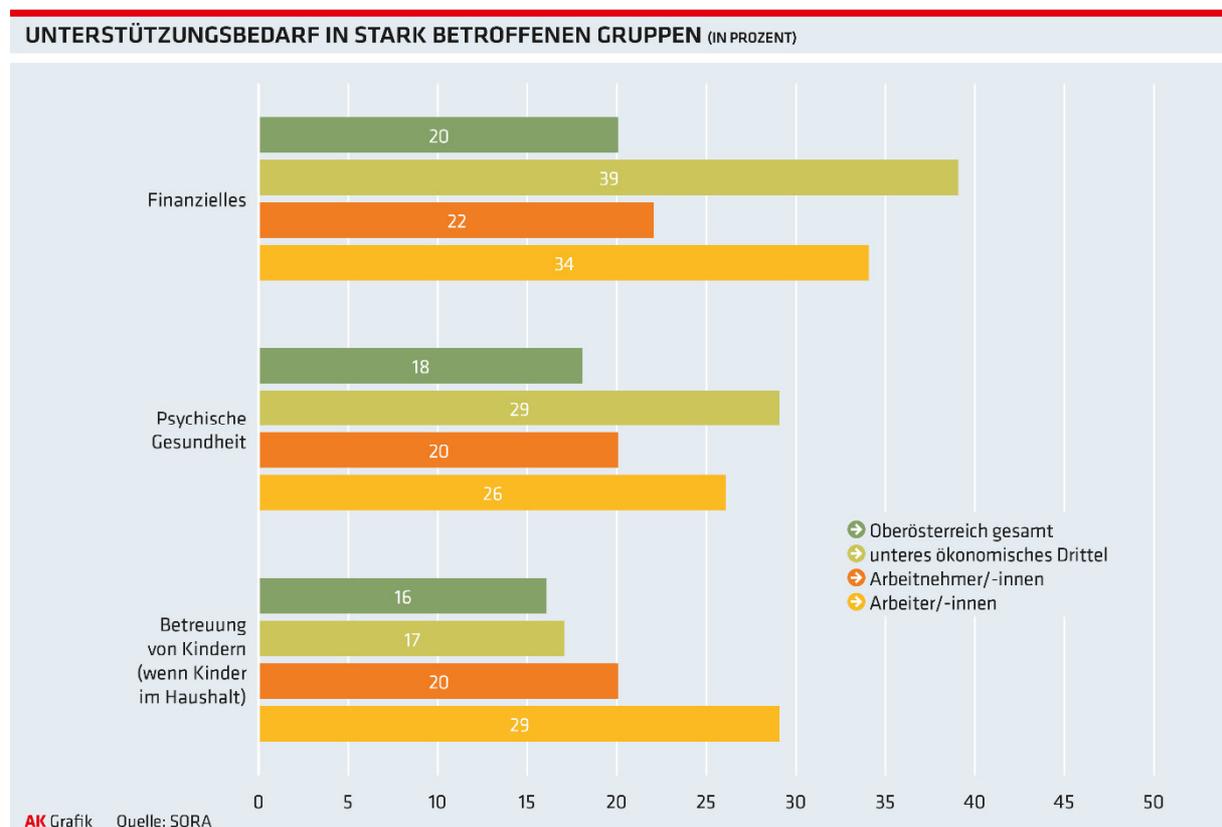
Für Oberösterreicher/-innen mit Kindern im Haushalt kam noch die Herausforderung der Vereinbarkeit hinzu: Mehr als die Hälfte der Eltern (54 Prozent) war durch das zeitgleiche Arbeiten und Betreuen der Kinder während der (Teil-)Lockdowns sehr oder ziemlich stark belastet. 36 Prozent der Arbeiter/-innen gaben Unterstützungsbedarf bei der Kinderbetreuung an.

Kinderbetreuung zu Hause ist offensichtlich immer noch primär Sache der Frauen. Die ungleich verteilte Sorgearbeit führte dazu, dass es der Hälfte der Mütter mit Kindern im Haushalt (51 Prozent) psychisch schlechter ging, während dies auf 40 Prozent der Väter zutraf. Während sich 36,9 Prozent der Frauen durch

Homeschooling ihrer Kinder sehr belastet fühlten, war das bei 23,9 Prozent der befragten Männer der Fall. Fast drei Viertel (74 Prozent) der Frauen stimmten der Aussage „Ich war erschöpft von den vielen Dingen, die ich unter einen Hut bringen musste“ zu. Auch 62 Prozent der Männer hatten solche Gedanken. Die Aussage einer Befragten bringt es auf den Punkt: „Es wäre wichtig, dass die Kinder in den Schulen unterrichtet werden.“

Leist- und erreichbare psychosoziale Unterstützung ist rar

Rund ein Fünftel der Menschen in Oberösterreich hatte Unterstützungsbedarf in finanziellen Belangen (20 Prozent) sowie in Hinblick auf die psychische Gesundheit (18 Prozent). Unter den Arbeitnehmern/-innen haben laut der Studie 158.000 Menschen in Oberösterreich Unterstützungsbedarf in Hinblick auf die psychische Gesundheit. Arbeitslose Oberösterreicher/-innen betonen die Notwendigkeit von finanzieller Hilfe und hätten sich weniger Druck vonseiten des AMS gewünscht. Den Beschäftigten in systemrelevanten Berufen hätten wiederum ernstgemeinte Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen geholfen: „echte Wertschätzung in der Arbeit, kein Klatschen“, „planbare freie Tage, wo man nicht einspringen muss“, waren etwa Aussagen von Studienteilnehmern/-innen.



Doch nur rund ein Drittel der Hilfesuchenden konnte auch tatsächlich Unterstützung in Anspruch nehmen. Der Hauptgrund, warum keine Hilfe in Anspruch genommen wurde, sind fehlende Informationen: 44 Prozent der Befragten mit Unterstützungsbedarf wussten nicht, wo sie sich hinwenden können oder kamen zu dem Schluss, dass es für sie schlichtweg keine Hilfe gibt. Für rund 72.500 Oberösterreicher/-innen (rund ein Fünftel jener mit Unterstützungsbedarf) waren die vorhandenen Angebote schlicht unleistbar. Ein weiteres Fünftel hat sich geschämt, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

An psychosoziale Unterstützungsangebote sind die Menschen in Oberösterreich relativ schlecht angebunden: Nur 39 Prozent der Oberösterreicher/-innen berichteten, dass sie kassenfinanzierte Therapieplätze einigermaßen gut erreichen können und nur 34 Prozent berichteten das in Bezug auf psychosoziale Beratungsstellen. Die Versorgungslage ist dabei am Land noch einmal deutlich schlechter als in städtischen Regionen. Besonders schlecht an psychosoziale Beratungsstellen, kassenfinanzierte Therapieplätze und Kriseneinrichtungen angebunden sind die Menschen im Hausruck- und Innviertel.

Die AK fordert:

➤ **Prävention und Versorgung müssen ausgebaut werden!**

Der Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich an den Bund und an das Land Oberösterreich ist klar: Es muss Investitionen in unseren Sozialstaat für gesündere Lebensbedingungen geben. Wichtig aus Sicht der AK wären die folgenden Maßnahmen:

➤ **Kostenlose psychosoziale Angebote müssen flächendeckend massiv ausgebaut werden.** Die Versorgung aller psychisch belasteten und kranken Menschen muss stationär und ambulant sichergestellt werden. Psychotherapie und Sozialarbeit vor Ort sind schnellstmöglich flächendeckend einzurichten. Die Abrechnung für erstere soll, wie bei der Behandlung körperlicher Erkrankungen, über die Sozialversicherung erfolgen. Bei der Finanzierung des vermehrten Angebots braucht es namhafte Investitionen von Bund und Land Oberösterreich, zum Beispiel in Form der versprochenen Patientenmilliarde.

- **Niederschwellig nutzbare, gut beworbene Beratungsstellen**, die an alle vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten vermittelt und Betroffene gut informiert

- **Ebenso ist eine Rücknahme der Eltern-Beiträge in der Nachmittagsbetreuung in Kindergärten nötig**. Damit schaffen wir eine Entlastung der Eltern und können die Frauenerwerbsquote anheben.

- **Rechtsanspruch auf einen qualitätvollen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zur achten Schulstufe**. Der Betrieb aller Kinderbetreuungseinrichtungen ist auch in Pandemiezeiten sicherzustellen.

- **Die Sozialleistungen müssen existenzsichernd gestaltet werden, um finanzielle Sorgen und Inflationsängste wirksam nehmen und ein Abrutschen in weitere Problemlagen (Privatkonkurs, Suchtmittelmissbrauch) verhindern zu können. Dazu ist Folgendes notwendig:**
 - Anheben der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld von 55 auf mindestens 70 Prozent
 - sofortiges Anheben des Familienzuschlags für Kinder bzw. Lebenspartner/-innen von 0,97 Euro auf zwei Euro täglich
 - Anpassen des Arbeitslosengeld- und des Notstandshilfebezugs an die aktuelle Inflationsrate

- **Das Land OÖ muss endlich die Sozialhilfe armutsfest machen**. Die Richtsätze sollen an die Armutgefährdungsschwelle in der Höhe von 1.371 Euro monatlich herangeführt werden.